

Jörg Roesler

Demokratische und technokratische Wirtschaftsreformer in der DDR

Die politischen Schicksale von Fritz Behrens und Wolfgang Berger

Die Wirtschaftsreformen in der DDR der 60er Jahre - zeitgenössisch als *Neues ökonomisches System*, abgekürzt *NÖS* bezeichnet - sind später wiederholt als technokratische Reformen charakterisiert worden.¹ „Die Ideologie der Reform...“ schreibt Sigrid Meuschel über deren Protagonisten, „verknüpfte.. die Macht der Partei, ihr Ziel der forcierten ökonomischen Modernisierung und das Erfordernis, die parteiliche Omnipräsenz zu diesem Zweck auf spezifische Regelungsfunktionen hin zu verfeinern, mit der utopischen Perspektive allgemeiner Harmonie und Interessenidentität. Eine Revolutionierung von Produktion und Technik sollte die Utopie einer Gleichheit verbürgenden Gemeinschaft kreativer Produzenten realisieren.“²

Das *NÖS* entsprang Vorstellungen von Wirtschaftsfachleuten, die ihre Überlegungen der DDR-Führung unter Ulbricht nahezubringen imstande waren, daß Wirtschaftspolitik der Sachgesetzlichkeit ökonomischer Aufgaben folgen müsse und daß Wissenschaft und Technik den Weg zu größerer Effizienz und Produktivität öffnen würden. Das ganze wurde von technokratischer Euphorie für Planungsmechanismen, Datenverarbeitung, der Nutzung der Systemtheorie und viel Wissenschaftsgläubigkeit begleitet. Man zog jedoch nicht genügend die Beharrungskräfte in Betracht, die der nach sowjetischem Muster geschaffenen ökonomischen Struktur der DDR und der Wirtschaftslenkung durch die *führende Partei, die SED*, eigen waren.

* Der Beitrag basiert auf einem Vortrag des Autors auf dem vierten Walter-Markov-Colloquium „Werk und Wirken von Fritz Behrens“ am 9. November 1996 in Leipzig. Die Originalfassung des Vortrages erscheint 1998 im Konferenzband.

¹ „Das Neue Ökonomische System der Sozialismus (NÖS), das unter ...Walter Ulbricht zu Beginn der 60er Jahre auf den Weg gebracht worden war, sowie der bereits in den späten 50er Jahren in der DDR gegründete Forschungsrat... waren komplementäre Erscheinungen und Tragpfeiler des Projekts eines technokratisch überformten Sozialismus“ (Pietro Morandi, Zum Scheitern der Technokratie der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der Technokratie, Berlin 1996, S. 17; unveröffentlichtes Manuskript).

² Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Berlin 1992, S. 182-183.

Der technokratische Charakter des NÖS wird augenscheinlich, wenn man die DDR-Wirtschaftsreform mit dem Ansatz des Prager Frühlings vergleicht, wo sich die dortige Parteiführung für eine demokratisch gestaltete Reform entschieden hatte. Zwar hatten auch einzelne Ökonomen in der DDR eine demokratische Reformkonzeption entwickelt. Bereits Mitte der 50er Jahre, als einige begrenzte Reformschritte gewagt wurden³ und eine generelle Debatte über *Planung und Leitung der Volkswirtschaft* begann, fand der demokratische Ansatz in Gestalt von Professor Fritz Behrens einen prominenten wirtschaftswissenschaftlichen Fürsprecher. Jedoch wurde die Demokratisierungsdiskussion vom SED-Politbüro bald als bedrohliche Herausforderung angesehen und in eine Debatte über abweichlerischen *Revisionismus* umfunktionierte.⁴

Die wirtschaftlichen Probleme der DDR drängten die Führung der SED jedoch Anfang der 60er Jahre erneut, - und dieses Mal umfassender - Wirtschaftsreformen in Betracht zu ziehen. Wenn auch Gedanken der vorangegangenen Reformdiskussion wieder aufgegriffen wurden, dominierte bei den jetzt erarbeiteten Thesen zum NÖS von vornherein ein technokratischer Ansatz. Einer seiner konsequentesten Verfechter war Wolfgang Berger, der als Wirtschaftsberater für Parteichef Walter Ulbricht fungierte. Behrens erneutes Eintreten für eine Verbindung von Wirtschaftsreform und Demokratie blieb demgegenüber in den 60er Jahren eine Randerscheinung. Behrens und Berger vertraten somit unterschiedliche Positionen. Gemeinsam war ihnen jedoch die Einsicht in die Notwendigkeit einer Reformierung des in der DDR eingeführten sowjetischen Wirtschaftsmodells. Darüber hinaus verbanden sie gemeinsame Erfahrungen. Wolfgang Berger hatte als Student seine wirtschaftswissenschaftliche Laufbahn bei Fritz Behrens begonnen und bezeichnete sich auch später als Behrens-Schüler.

Spätere Entwicklungen der 70er Jahre sahen dann sowohl den Demokraten Behrens als auch den Technokraten Berger im gesellschaftlichen Abseits. Seit 1971 hatte die SED-Führung unter Honecker kein Interesse an einem Programm der Reformierung von Produktion und Technik durch eine Gemeinschaft kreativer Produzenten. Honecker forderte Disziplin bei der Ausführung der wirtschaftlichen Vorgaben der Partei, er orientierte auf weniger Investition und mehr Konsumtion und folgte lieber einem parteibürokratischen Wirtschaftspragmatismus als Erkenntnissen wirtschaftswissenschaftlicher Analyse. Die Führung der DDR war auch nicht mehr bereit, die wirtschaftliche Macht mit Ingenieuren und Managern zu teilen. Das wissenschaftliche und politische Verhältnis zwischen Behrens und Berger ist Gegenstand dieses Beitrages.

³ Sie liefen unter der Bezeichnung „Vereinfachung der Planung“ von 1954 bis 1957. (Vgl. Jörg Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 150-171.)

⁴ Vgl. Günter Krause, Die „Revisionismus-Debatte“ in den Wirtschaftswissenschaften der DDR. (Frankfurter Institut für Transformationsstudien - Discussion Papers 2/1996, S. 3-27).

Behrens und Berger in der *Revisionismusedebatte*

Anfang 1955 erörterte Berger - um diese Zeit bereits Abteilungsleiter Planung und Finanzen im Zentralkomitee der SED - in der Zeitschrift *Wirtschaftswissenschaft* einige der Probleme in der ökonomischen Politik der regierenden Partei.⁵ Auf der 21. Tagung des ZK der SED im November 1954 hatte Ulbricht gefordert, die Planung zu vereinfachen, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe zu erhöhen, ihre *wirtschaftlich-operative Selbständigkeit* zu gewährleisten und die materielle Interessiertheit der Belegschaften am Betriebsergebnis herzustellen.⁶ Das waren überwiegend neue Töne, bis hin zur stärkeren Beachtung betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge. Berger, davon überzeugt, daß es um das Verständnis für entscheidende Wandlungen ging, forderte „die aktive Beteiligung der Wirtschaftswissenschaftler an der Behandlung der komplizierten Probleme der Entwicklung der Leitung der Volkswirtschaft“ als „eine wesentliche Bedingung .. der raschen und erfolgreichen Lösung“ der wirtschaftlichen Probleme⁷, also des Übergangs zu leistungsfähiger Produktion.

Im Verlauf der mehrjährigen Diskussion, die Bergers Beitrag in der *Wirtschaftswissenschaft* offiziell angestoßen hatte, kam auch Behrens mit einer Veröffentlichung „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode“ zu Wort. Behrens beschäftigte sich genau mit dem, was Ulbricht von den Wirtschaftskadern verlangt und worüber zu diskutieren Berger aufgerufen hatte: Abbau übermäßiger Zentralisierung, Selbstgestaltung des innerbetrieblichen Reproduktionsprozesses, Interessiertheit der Belegschaften am Betriebsergebnis. Behrens vertrat die Auffassung, daß „die Zentralisierung der Macht in den Händen des revolutionären Staates“ zwar die Voraussetzung gewesen sei, um in einer Übergangsperiode den Kapitalismus zu liquidieren und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Das in der DDR auf diesem Wege geschehene sollte „aber für die Schaffung solcher Bedingungen verwendet werden, die eine maximale Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Massen gewährleisten, die unter den Bedingungen der Herrschaft der Bourgeoisie und des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln behindert und in ihrer Entfaltung gehemmt wurden.“ Unter diesen Umständen dürften „die Institutionen und Maßnahmen der Staatsmacht nicht gleichbleiben“. Die Entwicklung sozialistischer Staatlichkeit „muß vielmehr von einem Prozeß des allmählichen Abbaus der zentralen Weisung, ihrer Ersetzung durch sich auf die Ausnut-

⁵ Wolfgang Berger, Zu einigen ökonomischen Problemen der 21. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 1/1955, S. 11-21.

⁶ Walter Ulbricht, Fragen der politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955, S. 10-15, 17-20.

⁷ Wolfgang Berger, Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR, in: *Weißenseer Blätter*, 4/1992, S. 11.

zung der ökonomischen Gesetze stützenden Wirtschaftspolitik begleitet sein.“ Behrens verlangte einen Wandel der Staatstätigkeit, da „die nicht rechtzeitige Dezentralisierung der Verwaltung mit der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze in Widerspruch geraten kann, weil die übermäßige Zentralisierung in der Regel mit bürokratischer Reglementierung der Wirtschaft verbunden ist“⁸

Bergers Auffassungen stimmten mit denen von Behrens in wesentlichen Punkten überein. Auch er forderte, die zentralstaatlichen Vorgaben zugunsten größerer Selbstgestaltungsrechte der Betriebe und Belegschaften abzubauen sowie die administrativen Weisungen durch eine an ökonomischen Erfordernissen orientierte Wirtschaftspolitik zu ersetzen. Faktisch ging es also darum, sich von der Vorbildrolle der stalinistisch geprägten sowjetischen Planwirtschaft zu verabschieden.⁹ Berger war - wie auch Behrens - der Meinung, daß die inzwischen republikweit etablierte offizielle Politische Ökonomie kaum Lösungsansätze für die anstehenden volkswirtschaftlichen Probleme liefere.¹⁰ Wenn Berger trotzdem - ohne jedoch öffentlich gegen Behrens aufzutreten - in den Jahren 1956/57 auf kritische Distanz zu seinem ehemaligen Lehrer ging, dann aus zwei Gründen. Der erste war fachlicher Art, der zweite war politischer Natur.

Als Behrens-Schüler sah auch Berger in der Arbeitsproduktivität den Hauptindikator für wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit. Die unzureichende Steigerung der Produktivität in der DDR und deren Folgen für den Systemwettbewerb mit dem Westen machten beiden Sorgen. Mitte der 50er Jahre war Berger - wie unter anderen der Wirtschaftsfunktionär Fritz Selbmann¹¹ - zu der Erkenntnis gelangt, daß es nicht ausreiche, die Eigentumsverhältnisse zu verändern und in den Betrieben *sozialistische Produktionsverhältnisse* durchzusetzen. Es sei notwendig, durch die Teilnahme an der wissenschaftlich-technischen Revolution auch in der *Produktivkraftentwicklung* gegenüber dem erfolgreicher als erwartet konkurrierenden westlichen System die Oberhand zu gewinnen.¹² Eine Forderung

⁸ Fritz Behrens, Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S. 110-112.

⁹ Ebenda, S. 130-132; Interview Wolfgang Bergers durch Jochen Cerny und Jörg Roesler am 31. Januar 1991 (im folgenden: Berger, Interview I).

¹⁰ Behrens warf seinen Kollegen vor, daß sie die „Widersprüche im Wachstumsprozeß der sozialistischen Gesellschaft“ nicht genügend analysiert hätten, „weil sie nicht in der Forschung und in der Entwicklung der ökonomischen Theorie, sondern in der Propaganda bekannter Thesen ihre Hauptaufgaben sahen.“ (Behrens 1957, S. 105). Berger sprach in seinem Aufsatz über die 21. Tagung davon, „daß viele Hochschullehrer noch immer sehr weit von der Praxis entfernt sind, daß sie gar nicht ermessen, wie tief solche Probleme (unzureichender Effektivität - J. R.) unser Dasein bewegen...“ (Berger 1955, S. 20).

¹¹ Er begann eine Publikation mit den Worten „Ein neues Zeitalter beginnt, oder vielmehr, es hat bereits begonnen, das Zeitalter der neuen Technik, der Atomkraft, ein Zeitalter gewaltiger revolutionärer Umwälzungen.“ (Fritz Selbmann, Ein Zeitalter stellt sich vor, Berlin 1957, S. 7).

¹² Interview Berger I.

von Ulbricht im Oktober 1955, der „energischer und planmäßiger den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchsetzen“¹³ wollte, trug ebenso Bergers Handschrift wie der Aufruf zur Vervollkommnung der Technologie auf einer Parteikonferenz im März 1956.¹⁴ Warum Behrens, *der* Spezialist für Arbeitsproduktivität unter den Politökonomen, in seinem 1957 veröffentlichten Manuskript¹⁵ den Gedanken zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt kaum Beachtung schenkte,¹⁶ blieb für Berger schwer verständlich. Ebenso mußte er feststellen, daß Behrens zwar größere Entscheidungsfreiheit für Betriebe und Belegschaften forderte, der Betriebswirtschaft jedoch wenig Aufmerksamkeit entgegenbrachte. Ohne deren Umgestaltung aber, so glaubte Berger, sei eine volkswirtschaftlich effektive Dezentralisierung nicht möglich.

Entscheidend für Bergers Distanzierung von Behrens waren allerdings weniger die fachlichen Differenzen. Berger hatte (wie andere von Behrens' ostdeutschen Kritikern¹⁷) seine Probleme mit den politische Auswirkungen, die seiner Ansicht nach von den Auffassungen seines ehemaligen Lehrers ausgingen. Wie habe man, so fragte sich Berger noch 1991, in der innen- wie außenpolitisch brisanten, ja existenzbedrohenden Situation, wie sie die DDR nach dem Juni 1953 durchlebte, ein „Absterben des Staates“ verlangen können?¹⁸ Hierin identifizierte sich Berger vollständig nicht nur mit den Existenzinteressen des ostdeutschen Realsozialismus, sondern auch mit dem Herrschaftsanspruch der SED-Spitze unter Ulbricht. Andererseits hielt Berger wahrscheinlich seine Hand über Behrens, als man in der Parteiführung entschied, wie der inzwischen zum Fall für die Staatssicherheit gewordene Behrens künftig zu behandeln sei. Daher blieb Behrens, im Unterschied etwa zu Benary, dem ähnliche Vorwürfe gemacht wurden, vom „Einsatz in der Produktion“ verschont, obwohl eine Liste von Betrieben, in denen Behrens eingesetzt werden sollte, bereits zusammengestellt war.¹⁹ Behrens durfte an der Akademie weiterforschen.

¹³ Walter Ulbricht, *Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft ab 1945*, Berlin 1959, S. 497-503.

¹⁴ Ebenda, S. 553-556.

¹⁵ Zu den Umständen der Veröffentlichung vgl. Helmut Steiner, *Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909-1980)*, Leipzig 1996, S. 20.

¹⁶ Für Behrens war nicht die Technikentwicklung das zukünftige Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern die Struktur der Eigentumsverhältnisse.

¹⁷ Einen Überblick geben: Susanne Becker/ Heiko Dierking, *Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaft in der Frühphase der DDR*, Köln 1989, S. 407-476.

¹⁸ Rückblickend beschrieb Berger seine Situation im ZK-Apparat in den Jahren 1953 bis 1956/57 so: „In welcher gespannten Lage haben wir gelebt. Wir waren elektrisiert (bei der Frage), ob Polen auch umlenkt (wie Ungarn). Deshalb gab es auch ernsthafte Schwierigkeiten mit Behrens und Benary.“ In: *Berger Interview I*.

¹⁹ Mitteilung des Behrens-Biographen Helmut Steiner vom 7.11.1996.

Aus der Sicht von Ulbricht und Berger blieb auch für die nächsten Jahre die politisch und wirtschaftliche schwierige Situation erhalten, in der man keine Experimente in Richtung stärkerer Dezentralisierung der Staatsgewalt und größerer Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleiter und Belegschaften habe wagen können. Rückblickend meinte Berger, „Abwertungsmaßnahmen, insbesondere bei ingenieurtechnischem Personal und qualifizierten Facharbeitern..., der massenhafte Abkauf von Nahrungsmitteln und bestimmten technischen Konsumgütern, ausgelöst durch den manipulierten Kurs zwischen Ost- und Westmark“ zogen „beträchtliche Störungen und volkswirtschaftliche Verluste nach sich.“²⁰ Die im Jahre 1955 eingeleiteten Maßnahmen zur Vereinfachung der Planung wurden daher 1958 wieder zurückgenommen. Auch zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unternommene Schritte wie die Gründung eines wirtschaftlichen Forschungsrates gerieten ins Stocken. Aus der kritischen Lage der DDR sollte dann der Mauerbau heraus helfen. Tatsächlich setzten wenige Monate danach, als nach Einschätzung der SED-Führung die Existenzbedrohung geringer schien, die seit einigen Jahren unterbrochenen Aktivitäten zur *Effektivierung der Wirtschaftsführung* und *Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts* wieder ein.

Zur Rolle von Behrens und Berger bei der Vorbereitung und Durchführung des NÖS

„Die Reform war zunächst eine Reform ‘von oben’, dazu noch von einer sozusagen ‘Fraktion’ innerhalb der Führung,“ erinnert sich Herbert Wolf, einer der maßgeblichen Reformer. „Diese hatte zwar mit Ulbricht den obersten Spitzenmann auf ihrer Seite, aber auch ernstzunehmende Gegner, sowohl in der Führung wie auch in weiten Bereichen des Apparates“. Eine solche Konstellation führte dazu, „daß die Reformkonzeption neben dem offiziellen Apparat vorbereitet und ausgearbeitet werden mußte.“ Wolf beschrieb die Reformfraktion als „kleine Gruppe, organisiert vom persönlichen Stab Ulbrichts und einigen engen Mitarbeitern von Apel und Mittag“.²¹ Berger gehörte seit Beginn dazu.²² Er hatte die Ausrichtung des Reformvorhabens durch seine beharrliche Orientierung auf wissenschaftlich-technische Fortschritte und die Betriebswirtschaft maßgeblich mitbestimmt. Berger war es auch, der Wolf in den Kreis der NÖS-Reformer holte. Beide hatten in Leipzig studiert. Wolf, ebenfalls Behrens-Schüler und Anfang der 50er Jahre dessen Assistent, enga-

²⁰ Wolfgang Berger, Zu den Hauptursachen des Unterganges der DDR, in: Weißenseer Blätter, 4/1992, S. 30.

²¹ Herbert Wolf, Hatte die DDR je eine Chance? Hamburg 1991, S. 25-26.

²² Bergers Zugehörigkeit zum geistigen Kern der Wirtschaftsreformer ist vielfach bestätigt worden. Vgl. Claus Krömke, Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und die Wandlungen des Günter Mittag, (hefte zur ddr-geschichte 37), Berlin 1996, S. 23; Günter Mittag, Um jeden Preis, Berlin/Weimar 1991, S.139; Gerhard Schürer, Gewagt und Verloren, Frankfurt/Oder 1996, S. 55.

gierte sich ebenso für eine Dezentralisierung der Wirtschaftsleitung. In der *Revisionsmusdebatte* wurde er gemaßregelt und *in die Praxis* abgeschoben. Anfang der 60er Jahre arbeitete er als Planungsleiter in einem Leipziger Betrieb.²³ Wolf gehörte nach 1961 zu einer Gruppe reformerischer Ökonomen, die nach Bergers Auffassung aus wissenschaftlicher Sicht wie aus praktischer Erfahrung wichtige konzeptionelle Anstöße gab.²⁴

Warum wurde Fritz Behrens nicht an dem Vorhaben beteiligt? Dieser hatte nach erzwungener Selbstkritik, Parteiverfahren und Rücktritt von der Funktion als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik seine Forschungen zur Geschichte der Politischen Ökonomie, aber auch zur Messung von Arbeitsproduktivität am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften fortgeführt, war also im Fach geblieben. Es wäre, so sollte man glauben, für Berger aus sachlichen wie persönlichen Gründen ein Leichtes gewesen, Behrens in das Reformprojekt einzubeziehen, zumal der offensichtlichsste Streitpunkt zwischen beiden - die unterschiedliche Beurteilung von Stabilität bzw. Instabilität der DDR - nach dem Mauerbau vom Tisch zu sein schien. Auf die vom Verfasser 1991 an Berger gestellte Frage, warum er es unterließ, Behrens für die Reformgruppe zu gewinnen, antwortete er, daß er sich noch nachträglich deswegen Vorwürfe mache.²⁵ Es bleibt nur die Vermutung, daß sich Ulbricht, mit dem Berger seine „Rekrutierungsvorschläge“ selbstverständlich koordinieren mußte, ganz nachdrücklich gegen eine Teilnahme von Behrens ausgesprochen hatte.

Fritz Behrens erfuhr von der beabsichtigten Wirtschaftsreform demnach erst, wie viele andere im Herbst 1962 ebenso, als nach Veröffentlichung eines *Prawda*-Artikels des sowjetischen Ökonomiprofessors Liberman eine öffentliche Erörterung zur Wirtschaftsreform in der DDR einsetzte.²⁶ Behrens äußerte sich mit einem Aufsatz über *Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität und Arbeitsproduktivität*, der in der SED-Monatsschrift *Einheit* erschien.²⁷ „Ich sehe die Bedeutung ... darin,“ schrieb Behrens über die Diskussionen, „daß sie die Aufmerksamkeit weg von unwesentlichen Einzelheiten wieder auf ein zentrales Problem lenken ... Ich stimme ... darin überein, daß ein höchstmöglicher Nutzeffekt unserer gesellschaftlichen Arbeit nur dann erreicht werden kann, wenn alle Betriebe bestrebt sind, aus eigener Initiative hohe Planziele zu nehmen und zu erfüllen.“²⁸ Behrens befürwortete also

²³ Günter Buch, *Namen und Daten wichtiger Personen der DDR*, Berlin/Bonn 1979, S. 360.; Jochen Cerny (Hrsg.), *DDR. Wer war wer. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 1992, S. 496.

²⁴ Berger 1992, S. 32.

²⁵ Interview Wolfgang Bergers durch Jochen Cerny und Jörg Roesler in Berlin am 26.2.1991; im folgenden: Interview Berger II.

²⁶ Vgl. Jörg Roesler, *Wende in der Wirtschaftsstrategie*, in: Jochen Cerny (Hrsg.), *Brüche-Krisen-Wendepunkte*, Leipzig/Jena/Berlin 1979, S. 179-181.

²⁷ Fritz Behrens, *Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität und Arbeitsproduktivität*, in: *Einheit*, 12/1962, S. 65-67.

²⁸ Ebenda, S. 65, 67.

die Reformvorschläge, wobei er an seine Argumentation aus dem Jahren 1956/57 anknüpfte. Praktische Auswirkungen hatte seine indirekte Bereitschaftserklärung zur Mitarbeit an der Reform jedoch nicht.

Sich 1992 rückerinnernd schrieb Berger: „Es war eine Zeit intensiver schöpferischer Arbeit, des gleichzeitigen Arbeitens und Lernens, des Durchsetzens komplizierter Entscheidungen, des unvoreingenommenen Prüfens der Resultate, der Korrektur und des weiteren Lernens und Arbeitens. Dies war keine bloße Reform; es war eher eine neue Qualität in der Revolution...“²⁹ In diesen Sätzen schwingt der Elan noch nach, von dem die Reformfraktion in der ersten Hälfte der 60er Jahre beseelt war. Aber Behrens blieb außen vor, und nicht nur als Akteur. Auch sein Anteil an der geistigen Vaterschaft wurde geleugnet. Als Wolfgang Berger und Otto Reinhold 1966 einen Rückblick auf die Vorgeschichte der Wirtschaftsreform vornahmen, erwähnten sie weder Behrens noch die wirtschaftswissenschaftliche Debatte von 1956/57, sondern fanden die ersten bemerkenswerten Ansätze zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung bei den Empfehlungen der SED-Führung. Beide Autoren bezogen sich noch auf andere Thesen der *führenden Partei* und äußerten dann: „Überspringen wir einige Jahre und nehmen wir als dritten Beweis die Standardisierungskonferenz, die im November 1959 in Leipzig stattfand.“³⁰ Damit wurde ebenjene Demokratisierungsdebatte unter den Wirtschaftswissenschaftlern „übersprungen“, die später von der Offizial-Ökonomie der DDR als *Revisionsmusdebatte* abgestempelt wurde.

Behrens hatte dies zu ertragen. Die einseitige Darstellung der geistigen Quellen der Reform hielt ihn jedoch nicht davon ab, das *NÖS* zu unterstützen. Er setzte sich - vor allem publizistisch, mit seinem Kreis zur Arbeitsproduktivität auch beratend - für die von ihm geteilten Reformziele ein. Bei aller Sympathie zum *NÖS*, das er in einem Vortrag als „spezifische Form eines neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft“³¹ klassifizierte, vermerkte Behrens jedoch andererseits, daß er die Entwicklung „mit wachem, aber zugleich skeptischem Interesse“³² verfolgte. Damit war er weit entfernt von jener Begeisterung, die Berger und andere für die Umgestaltung der wirtschaftlichen Planung und Leitung aufbrachten.

Die Reformfraktion ihrerseits trieb inzwischen das Projekt voran. Ihre polit-ökonomischen Vorstellungen legte sie 1969 mit dem Buch *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR* dar.³³ Verfasser war ein „von der Parteiführung eingesetztes Kollektiv“ unter Leitung des ranghöchsten SED-Wirtschaftsfunktionärs Mittag. Zu den acht Mitgliedern gehörte neben Wolf und Rein-

²⁹ Berger 1992, S. 31.

³⁰ Berger/Reinhold 1966, S. 11-12.

³¹ Fritz Behrens, Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1/1966, S. 3.

³² Steiner 1996, S. 25.

³³ Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969.

hold auch Berger, der zugleich als Sekretär der Gruppe fungierte.³⁴ In der abschließenden Beratung vom April 1969 wurde vorgeschlagen, 32 Wirtschaftswissenschaftler als Mitautoren namentlich zu nennen. Diese offizielle Liste demonstrierte noch einmal, daß Behrens als Reformers ins Abseits gedrängt war.

Vor der Veröffentlichung des Buches hatte Behrens im Dezember 1967 an einer Konferenz zum 100. Jahrestag von Marx' erstem Band des *Kapitals* in Frankfurt/Main teilgenommen. Sein dort gehaltener kritischer Beitrag zur Wirtschaftstheorie des Staatssozialismus, in dem er unmittelbar an seine 1956/57 geäußerten Vorstellungen anknüpfte und für „Entstaatlichung der Wirtschaft“, „delegiertes Gruppeneigentum“ und „Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten“ eintrat, löste ähnlich wie ein Jahrzehnt zuvor scharfe Angriffe seitens der offiziellen Politökonomie aus.³⁵ Der erneut ausgesprochene Revisionsmusvorwurf und die Auflösung seiner Arbeitsgruppe gehörten zu den übelsten Reaktionen. Vor allem Reinhold, der bereits auf der Frankfurter Konferenz dem engagierten Wirtschaftswissenschaftler entgegengetreten war, engagierte sich in dieser Kampagne.³⁶ „Die Enttäuschung“, schreibt Steiner, „war für F. Behrens nachhaltiger als in den 50er Jahren. Die erneute öffentliche Auseinandersetzung und die Ereignisse des Jahres 1968 in der CSSR verschlechterten seinen ohnehin angegriffenen Gesundheitszustand derart, daß eine vorzeitige Emeritierung - rückwirkend ab 1968 - unausweichlich wurde.“³⁷ Behrens' Rückzug aus *Gründen der Gesundheit* dürfte wohl auch politisch erzwungen worden sein.

Wie in der *Revisionsmus-Debatte* stellte sich Berger auch 1968 nicht direkt gegen Behrens. Er mißbilligte jedoch dessen Auftreten, auch wenn er weiterhin von ihm mit Hochachtung sprach.³⁸ Bergers Standort ging aus seiner zusammen mit Reinhold verfaßten Kritik (namentlich nicht genannter) tschechischer Reformökonomien im Juli 1968 hervor. Beide bekräftigten darin ihre Auffassung von der Dominanz des Planes über den Markt und damit zwangsläufig auch von der Hegemonie staatlicher Lenkung über betriebliche Selbstverwaltung. „Natürlich ist es... notwendig“, schrieben sie, „die Entwicklung des Marktes und die sich daraus erge-

³⁴ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), SED, IVc - 2/6/483, Bl. 41-42.

³⁵ Günter Krause, Wirtschaftswissenschaft in der SBZ/DDR von 1945-1990, unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt/Oder 1996, S. 85.

³⁶ Gegen Behrens Entstaatlichungs- und Selbstverwaltungsthesen gewandt erklärte Reinhold: „Deshalb lautet für uns das zentrale Problem: Wie, in welcher Form, unter welchen Bedingungen bekommen wir ein ausgewogenes System der zentralen Leitung einerseits und eine, ich möchte sagen, maximale, nicht nur optimale, Eigenverantwortlichkeit ...“.(Walter Euchner/ Alfred Schmidt (Hrsg.), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital, Frankfurt(Main)/Wien, S. 302-303).

³⁷ Helmut Steiner, Der aufrechte Gang eines DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909-1980), in: Utopie konkret 2/1990, S. 85.

³⁸ Auskunft von Heinz Berger am 7.11.1996.

benden Erfordernisse genau zu untersuchen und im Plan sowie in der gesamten ökonomischen Tätigkeit zu berücksichtigen. Aber... aus den gegenwärtigen Erfordernissen des Marktes läßt sich nicht die optimale Struktur der Volkswirtschaft des Landes ableiten. ... Die Bestimmung der optimalen Struktur fordert eine umfassende und in der Regel auch eine langwierige wissenschaftliche Arbeit.“ Die ermittelte günstigste Variante „muß im Plan aufgenommen und mit Hilfe der staatlichen Führungstätigkeit, die auch Administration einschließt, durchgesetzt werden.“³⁹

Für Berger blieb unverstänlich, daß Behrens nach wie vor die ökonomischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution ignorierte.⁴⁰ Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß es in erster Linie fachliche Differenzen waren, die Berger gegenüber Behrens erneut auf Distanz gehen ließen. Wieder dürften stabilitätspolitische Erwägungen und Sorgen um die eigene Position im Machtgefüge der *herrschenden Partei* den Ausschlag gegeben haben. Berger war sich stets bewußt, daß nur eine „Fraktion“ in der Parteiführung hinter der Wirtschaftsreform stand. Rückblickend bewertete er eine durch Honecker im Dezember 1965 inszenierte Kulturdebatte als erste Niederlage der Reformer. Damit wurden die „nach einem Vierteljahr intensiver Tätigkeit von 48 Arbeitsgruppen“ verfaßten Vorschläge für eine zweite Etappe von Reformen unter dem *NÖS*, die eigentlich Thema der ZK-Tagung sein sollten, in den Hintergrund gedrängt. Von da an habe es eine Art „Doppelherrschaft“ von Reformgegnern und Reformern in der Parteiführung gegeben, wie Berger nach der Wende formulierte.⁴¹

Die zunehmende Kritik der Reformgegner im Politbüro am *NÖS* läßt sich anhand des Protokolls einer internen Diskussion zum Lehrbuch *Politische Ökonomie und ihre Anwendung in der DDR* nachvollziehen.⁴² Zwar kann man Berger, der als einer von vier eingeladenen Mitautoren zugegen war, zustimmen, daß auf der Veranstaltung „mit einer Ausnahme nur noch drittrangige Fragen behandelt wurden, ohne Kontroverse.“⁴³ Dennoch läßt sich die Bedrohung der Reformidee und speziell der Bergerschen (von Ulbricht akzeptierten) technokratischen Auffassungen leicht nachvollziehen, wenn etwa Honecker zum Lehrbuchmanuskript feststellte: „Entweder Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution oder der Sozialismus wird untergehen, steht an einer Stelle. Der Auffassung bin ich nicht.“⁴⁴

³⁹ Wolfgang Berger/Otto Reinhold, Bemerkungen zum Thema Plan und Markt, in: *Einheit* 7/1968, S. 841.

⁴⁰ Behrens trug nur soweit die herrschende Auffassung mit, daß er in seinem Vortrag in Frankfurt/Main für die 60er Jahre von der Notwendigkeit des „Übergangs von der extensiv erweiterten zur intensiv erweiterten Reproduktion“ sprach. (Fritz Behrens, Kritik der politischen Ökonomie und Theorie des Sozialismus, in: Euchner/Schmidt, S. 294).

⁴¹ Wolfgang Berger, Zum Untergang der DDR, in: *Weißenseer Blätter* 5/1995, S. 35, 37.

⁴² SAPMO-BA, IVc 2/6/483, Bl. 118-212.

⁴³ Berger 1995, S. 38.

⁴⁴ SAPMO-BA IVc, 2/6/843, Bl. 123.

Angesichts dieser Frontstellung innerhalb der SED konnte die von Behrens in Frankfurt am Main ausgesprochene Forderung nach (über die Vorstellungen des NÖS hinausgehender) Einschränkung der staatlichen Befugnisse über die Wirtschaft nur Wasser auf die Mühle der Reformgegner sein. So sahen es Berger und andere technokratische Ökonomen. Behrens, der die zunehmenden Auseinandersetzungen in der Parteispitze nicht kennen konnte (zumal sie unter einem Deckmantel der Einmütigkeit über den Ulbrichtschen Kurs gehalten wurden), hatte in seinem Frankfurter Beitrag darauf verwiesen, daß es - anders als noch 1957 - keine existenzbedrohenden Auseinandersetzungen zwischen Ost und West gäbe. Es sei daher an der Zeit, sich die Freiheit zu nehmen „die Frage nach der endgültigen Form des gesellschaftlichen Eigentums“ (das er sich nur als delegiertes Gruppeneigentum vorstellen konnte), auf die Tagesordnung zu setzen.⁴⁵

Wie gefährdet die Position der Reformer bereits war, sollte im folgenden Jahr offenbar werden, als Honecker in Absprache mit Breschnew konkrete Schritte zum Sturz Ulbrichts und zur Beendigung der Wirtschaftsreform einleitete.⁴⁶ Während eine Mehrzahl der Ökonomen - allen voran Mittag, aber auch Reinhold - in Amt und Würde blieben, als Ulbricht stürzte und die Reform in der Folgezeit schrittweise zu Grabe getragen wurde, gehörten Berger und Wolf zu den prominentesten Opfern des neuen Kurses. Der firmierte bald unter der Losung *Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Was Berger von Honecker vermutlich am meisten angelastet wurde, war dessen bis „fünf nach Zwölf“ ausgeübte Tätigkeit als Sekretär des 1967 im Auftrag von Ulbricht geschaffenen „strategischen Arbeitskreises“ beim Politbüro der SED. In dieser Stellung lud Berger prominente Wirtschaftswissenschaftler zu Vorträgen vor den Politbüromitgliedern ein, um Ideen zu neuer Wirtschaftspolitik vorzutragen.

Später jedoch schätzte Berger als wichtiger noch die Tätigkeit jener Arbeitsgruppen ein, die der strategischen Kommission angeschlossen waren. In ihnen „wirkten fast ausnahmslos jüngere Wissenschaftler und Fachleute mit. Hier wurden DDR-spezifische Probleme intensiv in offener Diskussion und im Meinungsstreit behandelt.“ Der strategische Arbeitskreis wurde mehr und mehr zum Ärgernis der Reformgegner. „Im Laufe des Jahres 1969 wurde die Tätigkeit des Arbeitskreises allmählich abgeblockt.“⁴⁷ Ungeachtet der Verschiebung der Machtverhältnisse an der SED-Spitze zugunsten Honeckers blieb der Arbeitskreis den Reformideen treu. Manche allerdings, wie Reinhold, „verstanden (es) rechtzeitig, aus dieser Kommission auszuscheiden.“ Berger hingegen gehörte zu denjenigen, die - wie es in einer an Honecker gerichteten Denunziation vom Juni 1971 hieß - „bis zuletzt an Materialien für das Referat und das Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht gearbeitet“ hatten.⁴⁸

⁴⁵ Behrens 1968, S. 296-297.

⁴⁶ Jörg Roesler, *Das Neue Ökonomische System: Dekorations- oder Paradigmensechsel?* (hefte zur ddr-geschichte 3), Berlin 1993, S. 36-39.

⁴⁷ Berger 1995, S. 37.

⁴⁸ SAPMO - BA, SED, J NL 2, 32, unpag.

„Bis zuletzt“ hieß, solange noch die Hoffnung bestand, daß Ulbricht sich auf dem VIII. Parteitag der SED hätte behaupten können. Das hat Honecker bekanntlich verhindert.⁴⁹ Kurz danach wurde Berger, der immerhin den Rang eines Abteilungsleiters im Sekretariat des ZK besaß, *in die Praxis geschickt*, wie es 1957 schon Benary ergangen war. Von 1971 bis 1973 arbeitete er als Ökonom im Betrieb IFA Kombinat Nutzkraftwagen in Ludwigsfelde bei Berlin. Anschließend war er bis zu seiner Berentung im Jahr 1986 in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als Leiter einer Analyseabteilung tätig.⁵⁰

Kritisches und selbstkritisches Nachdenken über den Sozialismus

Seit 1968 respektive seit 1971 konnten Behrens und Berger nur noch Zuschauer der weiteren Entwicklung des ökonomischen Mechanismus und der schwierigen Lage der Wirtschaft in der DDR sein. Behrens war zunächst damit befaßt, den in den 50er Jahren als Manuskriptdruck veröffentlichten *Grundriß zur Geschichte der politischen Ökonomie* für eine mehrbändige Ausgabe auszuarbeiten. Aber ihn ließen, wie Steiner schreibt, „die Probleme der ihn umgebenden Gesellschaft nicht los. Sowohl die Wirklichkeit des realexistierenden Sozialismus als auch die entsprechenden Theorien unterzog er der kritischen Analyse. Ursprünglich als letzter Band seiner Geschichte der politischen Ökonomie gedacht, wurde die politische Ökonomie des Sozialismus zum Hauptgegenstand seiner weiteren Studien. Radikale Fragestellungen führten ihn nunmehr tatsächlich zur Revision nicht nur einzelner Positionen, sondern des Gesamtsystems des real existierenden Sozialismus und seines theoretischen Leitbildes, des offiziellen Marximus-Leninismus.“⁵¹ Behrens verstarb 1980. In seinen hinterlassenen Aufzeichnungen, die erst nach der Wende unter dem Titel „Abschied von der sozialen Utopie“ erscheinen konnten, charakterisierte er die Planwirtschaft in der DDR als administrativ, bürokratisch, zentralisiert und damit als nicht sozialistisch.⁵² Dieses Urteil schloß die Reformunfähigkeit der in der DDR etablierten Planwirtschaft ein, Jahre bevor sich das de facto bewies.

Auch Berger wurde zum kritischen und selbstkritischen Nachdenken angeregt. Ihm lagen, anders als Behrens, durch seine Tätigkeit in der Statistischen Zentralverwaltung die besten dieser Behörde verfügbaren Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft vor.⁵³ Er mußte ohnmächtig zusehen, wie die „Informationen von unten nach oben vielfach gefiltert wurden, bis nur das gewünschte Bild blieb. Die offizielle Statistik zur Wirtschaft wurde unmittelbar von Mittag gesteuert und unter Druck gesetzt.“ So charakterisierte Berger aus eigener Erfahrung die Situation, in

⁴⁹ Vgl. Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, Berlin 1990, S. 51-55.

⁵⁰ Berger, Interview II; Mitteilung von Heinz Berger am 7.11.1996.

⁵¹ Steiner 1990, S. 84.

⁵² Fritz Behrens, Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 141-142.

⁵³ Berger, Interview II.

der sich die Wirtschaftsinformation der DDR in den 70er und 80er Jahren befunden hat.⁵⁴ Nach der Wende begann er, seine Auffassungen „zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR“⁵⁵ zu veröffentlichen. Er verstarb Ende 1995.

Behrens und Berger: Gemeinsamkeiten und Gegensätze zweier Reformer

Was Berger und Behrens vom Anfang bis zum Schluß vereinte, war ihre Ablehnung marktwirtschaftlicher Strukturen, war ihr Eintreten für ein idealisiertes sozialistisches Bild von Wirtschaft. Behrens bekannte sich 1966 zu einem Modell, in dem „die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen durch die materiell-technische Basis des Sozialismus selbst bestimmt ist.“⁵⁶ Berger schrieb 1968 zum gleichen Problem, „daß das Wertgesetz und die Ware-Geld-Beziehungen echte Gesetze bzw. echte ökonomische Beziehungen des Sozialismus sind und nicht als Überbleibsel des Kapitalismus betrachtet werden dürfen, die es zu überwinden gilt.“⁵⁷

In den 50er Jahren einten sie gemeinsame Standpunkte, mit denen sie von der offiziellen politischen Ökonomie abwichen. Was sie später jedoch trennte, waren ihre Vorstellungen über Sozialismus. Behrens kam im Verlaufe der 70er Jahre zum Schluß, daß „der real existierende Sozialismus eine auf staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau (darstellt), die weit entfernt ist von einer erhofften neuen Gesellschaft des Sozialismus...“⁵⁸ In Behrens' Charakterisierung war der Realsozialismus „kein Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, sondern Stagnation und Rückschritt“.⁵⁹ Die Ursache des Problems waren für ihn die Eigentumsverhältnisse. Staatseigentum sei „noch kein sozialistisches Eigentum, auch wenn es Eigentum eines Staates ist, der von einer sozialistischen Partei regiert wird.“ Staatseigentum könne auf dem Weg zum Sozialismus „nur eine vorübergehende Form des Eigentums sein, die solange berechtigt ist, wie die Revolution noch staatlich etabliert sein muß, um ihre Macht zu erhalten.“⁶⁰ Durch die Beibehaltung staatlichen Eigentums über diesen Zeitpunkt hinaus sei eine Planwirtschaft entstanden, die auf „bürokratisch-zentralisierte Weise“ funktioniere und nicht „durch den Selbstzentrismus der Masse der Produzenten“ charakterisiert sei. Darin liege die Ursache für die Ineffektivität der Wirtschaft im real existierenden Sozialismus.⁶¹

⁵⁴ Berger 1992, S. 35.

⁵⁵ So der Titel seines ersten, 1992 erschienenen Artikels in den „Weißenseer Blättern“ (Vgl. Berger 1992, S. 26-36. Posthum erschien Ende 1995: Berger (1995), S. 30-40).

⁵⁶ Behrens 1966, S. 5.

⁵⁷ Berger 1968.

⁵⁸ Behrens 1992, S. 256.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Ebenda, S. 136.

⁶¹ Ebenda, S. 141-142.

Anders Berger: Er betrachtete trotz der erfolglosen Praxis in der DDR das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln bis zum Schluß als unabdingbar, sah es als Grundlage zentraler planwirtschaftlicher Entscheidungen, als Voraussetzung für die Effizienz von Planwirtschaft und als Ursache für deren prinzipielle Überlegenheit über die Regulierung der Wirtschaft durch den Markt an. „Eine effektive Struktur der Volkswirtschaft kann weder im staatsmonopolistischen Kapitalismus noch im Sozialismus durch das Wirken des Marktes herbeigeführt werden.... Aus dem Markt ergibt sich nicht die wahrscheinliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die wahrscheinliche Struktur der Produktivkräfte, der Forschung und Entwicklung... Die Bestimmung der optimalen Struktur“ erfordere „eine umfassende und in der Regel auch eine langwierige wissenschaftliche Arbeit“, die es gestatte, Varianten künftiger Wirtschaftsentwicklung zu formulieren und der politischen Führung zur Entscheidung anzubieten, die dann „auf der Grundlage objektiver Kriterien“ erfolge.⁶² Solch Glaube an die Durchsetzungskraft wissenschaftlicher Erkenntnis und nachfolgender politischer Rationalität hatte wenig mit der Realität des Staatswesens zu tun, dem Berger seine Variante einer technokratischen Sichtweise nahebringen wollte.

Ausgangspunkt für Bergers Befürwortung von Staatseigentum und *zentraler staatlicher Leitung der Wirtschaftsprozesse* war seine Vorstellung von der Modernisierung der *Produktivkräfte*, allen voran der *Produktivkraft Wissenschaft*. In der Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter volkswirtschaftlichen - nicht betriebswirtschaftlichen - Gesichtspunkten sah er eine wesentliche Voraussetzung, den Wettbewerb mit dem marktwirtschaftlichen System aufgrund höherer Effizienz zu gewinnen. Zentralismus allein genügte seiner Ansicht nach allerdings nicht; er wollte die zentrale staatliche Leitung der gesellschaftlichen Reproduktion mit größtmöglicher Eigenverantwortung der Betriebe optimal verbinden. „In der DDR hatte diese Orientierung auf schnelleren wissenschaftlich-technischen Fortschritt zur Voraussetzung, die volkseigenen Betriebe zu eigenverantwortlichen Warenproduzenten umzugestalten und sie darauf zu orientieren, die erforderlichen Investitionsmittel für die technische Erneuerung schrittweise selbst zu erwirtschaften.“⁶³

Behrens hat derartige Auffassungen als technokratisch bezeichnet. Und Technokratie war in seinen Augen „der jüngere Bruder“ der gehaßten Bürokratie. Mit dem technischen Fortschritt verband Behrens vor allem neue Zwänge und Bedrohungen für die von ihm befürworteten selbstverwalteten Produzentenvereinigungen.⁶⁴ Behrens wünschte sich Demokratisierung und Dezentralisierung als zentrale Elemente gesellschaftlicher Organisation im Sozialismus und als Voraussetzung für erhöhte Arbeitsproduktivität. Berger sah darin nur Mittel zum Zweck, den technologischen Fortschritt zu beschleunigen. Unter dieser Voraussetzung bekannte er sich

⁶² Berger/Reinhold 1968, S. 837-38, 841; Berger 1992, S. 31.

⁶³ Berger 1992, S. 31.

⁶⁴ Behrens 1992, S. 255.

dann auch zu „einer neuen, schwer zu realisierenden Qualität von Demokratie, um die Bürger trotz zunehmender Dynamik und Komplexität der Aufgaben sorgfältig zu informieren, sie zur eigenen Meinungsbildung zu befähigen und so ihr aktives und stabiles Mitwirken zu sichern.“⁶⁵ Das NÖS betrachtete Berger als neue Stufe sozialistischer Wirtschaftsführung, die er gründlich zu qualifizieren gedachte, indem der wissenschaftlich-technische Fortschritt gestützt auf eigene Kräfte und Ressourcen realisiert werden sollte.

Berger hat im Unterschied zu Behrens den Zusammenbruch des Realsozialismus noch erlebt. Für ihn waren nicht systemische Ursachen für den Bankrott ausschlaggebend, sondern politische Fehlentscheidungen durch die Führungen der KPdSU respektive der SED, wodurch der Sozialismus in unterlegene Position geraten sei. Bezeichnenderweise nannte Berger wissenschaftlich-technische Fehlentscheidungen der Parteiführungen an erster Stelle. Der sowjetischen Spitze warf er Unfähigkeit vor, „die wachsende Wahrscheinlichkeit zu begreifen, daß das Ringen der beiden Weltsysteme nicht auf militärischem Gebiet, ... sondern auf dem ökonomischen und speziell dem sozialen Gebiet entschieden werden“ sollte. „Gerade diese Unfähigkeit der sowjetischen Führung, Mitte der sechziger Jahre die herangereiften, objektiv notwendig gewordenen Entscheidungen zu treffen und sie auch konsequent durchzusetzen, war der Beginn des Verfalls und Scheiterns der UdSSR und mit ihr aller anderen Staaten des RGW.“⁶⁶ Die nur unter dem Blickwinkel militärischer Sicherheit erfolgte und auch nach Erlangung der nuklear-strategischen Parität beibehaltene Trennung zwischen dem gut ausgestatteten und innovativen militärischen und dem vergleichsweise rückständigen zivilen Sektor von Wissenschaft, Technik und Produktion habe sich als verhängnisvoll erwiesen.⁶⁷

Anders als die sowjetische Führung habe sich die DDR unter Ulbricht seit Mitte der 50er Jahre zur wissenschaftlich-technischen Revolution bekannt und bereits damals wichtige, wenngleich unvollständige Konsequenzen gezogen.“ Die Betriebe sollten eigenverantwortliche Warenproduzenten werden, die ihre Investitionsmittel zur technischen Erneuerung schrittweise selbst erwirtschafteten. Honecker habe nach Ulbrichts Sturz diese Dezentralisierungsentscheidungen wieder zurückgenommen. Auch die auf Betreiben Mittags gegen Ende der 70er Jahre verwirklichte durchgängige Bildung industrieller Kombinate habe daran nichts ändern können, „denn der großen Mehrheit dieser Kombinate wurden ihre wichtigsten Instrumente verweigert bzw. stark eingeschränkt, nämlich die Eigenfinanzierung ihrer Investitionen und generell der notwendige Entscheidungsraum...“⁶⁸ Letztlich landete Berger in seiner Suche nach den *Hauptursachen des Untergangs der DDR* beim persönlichen Versagen der führenden Staats- und Parteifunktionäre. Die einen seien nicht

⁶⁵ Berger 1992, S. 33.

⁶⁶ Berger 1995, S. 34.

⁶⁷ Berger 1992, S. 30.

⁶⁸ Berger 1992, S. 35.

fähig zur Einsicht gewesen, bei den anderen habe politische Feigheit triumphiert.⁶⁹

Worauf die negative Auslese in der politischen Führung zurückzuführen war, hinterfragte Berger nicht. Auf die Institutionen politischer Herrschaftsausübung und Herrschaftskontrolle hat er sein Interesse kaum gerichtet. Aus seiner Rolle im NÖS als Reform von oben darf man schließen, daß er in einer demokratischen Umgestaltung des Realsozialismus, wie sie Behrens nicht müde wurde zu fordern, auch im Nachhinein keine Möglichkeit sah, um die von ihm kritisierten Fehlentwicklungen zu verhindern. Mit einiger Sicherheit können Bergers Auffassungen von staatlicher Politik dahingehend interpretiert werden, daß er eine Art „aufgeklärten Absolutismus“ als geeignetste Herrschaftsform für die *planmäßige und effektive Entwicklung der Wirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution* angesehen haben mag.

Einer solchen Schlußfolgerung hätte Behrens nie - auch nicht in Ansätzen - zugestimmt. Es verwundert daher nicht, daß Lehrer und Schüler in keiner Auffassung stärker divergierten, als bei der Einschätzung von Ulbricht. Berger sah ihn als Reformers und Führungspersönlichkeit, die seiner Auffassung von Zentralismus und Demokratie durchaus entsprach. „Will man der Rolle Ulbrichts in dieser Phase Gerechtigkeit widerfahren lassen,“ schrieb er 1991, „muß man feststellen, daß er von Anfang an der Spitze jener Gruppe stand, die das NÖS wollte, schuf und sich bemühte, es durchzusetzen.“⁷⁰ Allein die kurze Geschichte des NÖS gebe, wie Berger 1968 in einem für die damalige Zeit eher zurückhaltend geschriebenen Beitrag zum 75. Geburtstag seines Parteichefs schrieb, „alle diejenigen der Lächerlichkeit und dem Spott preis, die Walter Ulbricht als Dogmatiker hinstellen möchten...“⁷¹

Geradezu entgegengesetzt urteilte Behrens über Ulbricht. Als der entmachtete SED-Ehrevorsitzende 1973 zu Grabe getragen wurde, notierte Behrens in seinem Tagebuch: „Mit ihm starb ein Mann, der für das deutsche Volk ein Verhängnis, für die deutsche Arbeiterklasse ein Unglück war.... Ulbricht war nicht klug, aber schlau. Er war verschlagen und listig, aber kein Fuchs, sondern eine Hyäne. Jedes Mittel war ihm recht. Wenn auf jemand, dann paßte auf ihn: der Zweck heiligt die Mittel. Damit verdarb er den Zweck, den er zu wollen vorgab - vielleicht sogar glaubte - den Sozialismus.“⁷²

⁶⁹ Ebenda, S. 35-36.

⁷⁰ Wolfgang Berger, Als Ulbricht an Breshnew vorbeiregte, in: Neues Deutschland, 23-24.3.1991.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Zitiert in: Steiner 1996, S. 31.